

„Beide Seiten wollen den Frieden“

SZ-Interview mit Außenminister Kinkel zu seiner Nahost-Reise

SZ: Der Nahe Osten ist ein Minenfeld. Warum sind Sie in der vorigen Woche trotzdem hingefahren? Haben Sie nicht genug andere Probleme, Herr Kinkel?

Klaus Kinkel: Der Friedensprozess ist für uns Deutsche von zentraler Bedeutung. Und deshalb war die Reise nach Amman, Jerusalem und in die palästinensischen Gebiete notwendig. Es war auch eine hochinteressante Zeit, weil Israel drei Entscheidungen getroffen hat, die für den Prozess von größter Bedeutung sind: einen weiteren Teilabzug aus dem Westjordanland, aber auch Neubauten in Ost-Jerusalem und die Schließung von Palästinenser-Büros dort. . . .

SZ: . . . was wieder die Fronten verhärtet hat. Warum tun Sie sich das an?

Kinkel: Natürlich haben wir auch andere Probleme, aber danach darf sich die deutsche Außenpolitik nicht richten. Israel ist für uns wichtig, und es galt auch, den Palästinensern zu zeigen, daß ihnen in schwierigen Zeiten durch die Bundesrepublik geholfen wird.

SZ: In der alten Domäne tummeln sich auch die Franzosen und Engländer. Was kann denn die deutsche Politik in Nahost besser machen?

Kinkel: Diese Fragestellung ist so nicht

zulässig. Denn die anderen Außenminister zeigen auch ihr nationales Interesse durch Reisen in die Region. Wir sind das größte Land in der Union, und wir haben durch unsere Unterstützung für die israelischen und die palästinensischen Belange das Recht, in der Region mitzureden.

SZ: Machen Sie deutsche oder europäische Politik?

Kinkel: Ich vertrete selbstverständlich deutsche Interessen, aber abgestimmt mit europäischen – zum Beispiel bei den Neubauten in Ost-Jerusalem, die wir ablehnen.

SZ: Großbritannien und Frankreich fahren traditionell eine israel-kritische Linie. Was machen da die Deutschen?

Kinkel: Wir hatten in den vergangenen Monaten manchmal den Eindruck, daß die europäische Politik gegenüber Israel nicht ganz ausbalanciert war. Deshalb habe ich verschiedentlich geholfen, anti-israelische Positionen abzuschwächen.

Andererseits: Bei der Entscheidung für die Neubauten in Ost-Jerusalem war die ablehnende europäische Haltung richtig. Israel muß es auch verkraften, wenn es solches von einem Partner und engen Freund wie uns hört.

SZ: Wie überzeugen Sie Engländer und Franzosen?

Kinkel: Israel hat seine eigenen Sicherheitsbelange, die es wahrnehmen muß. Immerhin ist es gar nicht so lange her, daß das Land schlimmste Terroranschläge erleiden mußte. Natürlich haben wir wegen der Vergangenheit auch ein besonderes Verhältnis und eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Das legen wir unserer Politik zugrunde und sagen es auch in aller Offenheit. Aber wir machen eine ausgewogene Nahostpolitik. Das habe ich ja gerade durch diese Reise zum Ausdruck gebracht, wo ich ganz bewußt im palästinensischen Gebiet Hebron, Bethlehem, Jericho und Gaza aufgesucht habe.

SZ: Die USA können seit jeher den Friedensprozess managen, weil nur sie das Gewicht und die Glaubwürdigkeit gegenüber beiden Seiten haben. Wollen Sie helfen oder Politik auf eigene Rechnung machen?

Kinkel: Wir wollen das europäische und das deutsche Gewicht zusätzlich einbringen. Wir wollen die amerikanische Politik nicht stören und uns auch nicht aufdrängen. Aber wegen unserer sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen haben wir auch

das Recht, politisch mitzureden, und das tun wir.

SZ: Was haben Sie diesmal erreicht?

Kinkel: Ich habe beiden Seiten gesagt: Ihr müßt Eskalation vermeiden und den Friedensprozess vorantreiben. Beide, und das ist wichtig, haben das zugesagt. Arafat erklärte ganz klar, daß er sich dem Friedensprozess verpflichtet fühlt. Netanjahu hat mir gesagt: Ich bin fest dazu entschlossen. Und dann wurde er konkreter, zum Beispiel hinsichtlich der Schließung der Palästinenser-Büros. Die Palästinenser können dagegen klagen, sagte er, und die Regierung werde sich dem Gerichtsspruch unterwerfen, wenn sie verliert.

SZ: Arafat hat sich bei Ihnen beklagt, daß die Israelis zu wenig zu spät tun. Was sagt Netanjahu?

Kinkel: Er will nicht als Friedensfeind abgestempelt werden und Vertrauen für seine Politik zurückgewinnen. Er sagte mir: Peres und Rabin hatten ja gar keine Mehrheit für ihre Friedenspolitik; ich muß einen Friedensprozess durchziehen, der nach innen abgesichert ist.

Das Interview führte Josef Joffe